Stand: 25.04.2024 07:50:14

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/10673

"Staatsangehörigkeitsrecht modernisieren - Mehrfache bzw. doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen"

Vorgangsverlauf:

1. Antrag 16/10673 vom 08.12.2011
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/12175 des VF vom 01.03.2012
3. Beschluss des Plenums 16/12409 vom 26.04.2012
4. Plenarprotokoll Nr. 100 vom 26.04.2012

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**10673**
08.12.2011

Antrag

der Abgeordneten **Isabell Zacharias, Franz Schindler, Dr. Thomas Beyer, Dr. Linus Förster, Maria Noichl, Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Helga Schmitt-Bussinger, Hans Joachim Werner, Johanna Werner-Muggendorfer, Martin Güll, Angelika Weikert, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Harald Güller, Franz Maget SPD**

Staatsangehörigkeitsrecht modernisieren – Mehrfache bzw. doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel der Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts in Hinblick auf eine mehrfache bzw. doppelte Staatsbürgerschaft zu ergreifen mit folgenden Inhalten:

1. Das Optionsmodell wird abgeschafft. Wird ein Kind ausländischer Eltern in Deutschland geboren und hält sich mindestens ein Elternteil mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel langjährig legal in Deutschland auf, erhält das Kind neben der Staatsbürgerschaft der Eltern dauerhaft auch die deutsche Staatsangehörigkeit. Das bislang geltende Erfordernis, sich ab Vollendung des 18. Lebensjahrs für eine der beiden Staatsbürgerschaften entscheiden zu müssen, entfällt.
2. Wer sich einbürgern lässt, muss seine alte Staatsangehörigkeit nicht länger aufgeben. Mehrfache bzw. doppelte Staatsbürgerschaft wird auch bei der Einbürgerung ermöglicht.
3. Die Einbürgerungsvoraussetzungen werden erleichtert. Das gilt insbesondere für eine Absenkung der Voraufenthaltszeiten, Verbesserungen für Personen, die besondere Integrationsleistungen erbracht haben, für Lebenspartner Eingebürgerter und für die Anrechnung von Duldungszeiten.

Begründung:

Alle Deutschen dürfen mit der Vollendung des 18. Lebensjahrs wählen. Menschen, die der Optionsregelung des Staatsangehörigkeitsrechts unterworfen sind, werden zu einer Wahl gezwungen. In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern müssen sich zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr zwischen der deutschen oder der ausländischen Staatsbürgerschaft entscheiden. Dies ist seit Anfang 2008 relevant, weil Kinder seit diesem Zeitpunkt im Rahmen der Regelung ihre Volljährigkeit erreichen. Sie dürfen beide oder mehrere Staatsangehörigkeiten nicht dauerhaft behalten. Wer eingebürgert wird, muss seine bisherige Staatsangehörigkeit in der Regel aufgeben. Dieses Modell ist das Ergebnis eines Kompromisses zwischen Befürwortern und Gegnern der doppelten Staatsbürgerschaft für hier geborene Kinder ausländischer Eltern.

Die Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes war ein entscheidender gesellschaftspolitischer Fortschritt. Damit wurde das bis dahin geltende Recht an die Lebenswirklichkeiten der Zuwanderergesellschaft angepasst. Seitdem wird ein in der Bundesrepublik Deutschland geborenes Kind ausländischer Eltern automatisch Deutsche oder Deutscher, wenn wenigstens ein Elternteil seit acht Jahren rechtmäßig in Deutschland lebt und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt. Außerdem können bei Vorliegen dieser Voraussetzungen auch Kinder, die am 1. Januar 2000 das 10. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, einen Einbürgerungsantrag stellen. Spätestens bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres dürfen sie auch die ausländische Staatsangehörigkeit ihrer Eltern behalten.

Es gibt allerdings eine Vielzahl von Ausnahmeregelungen. Sie führen dazu, dass in der Praxis in mehr als der Hälfte der Fälle Doppel- oder Mehrstaatigkeit hingenommen wird. Das gesetzliche Ziel, Mehrstaatigkeit zu vermeiden, wird schon jetzt nicht mehr erreicht. Aus völkerrechtlicher Sicht ist das unproblematisch. Mehrstaatigkeit führt durch die jüngere Entwicklung des Völkerrechts nicht mehr zu den Problemen, auf die sich die Gegner der doppelten Staatsbürgerschaft berufen.

Außerdem haben Sachverständige im Rahmen einer Anhörung des Bundestagsinnenausschusses im Dezember 2007 verfassungsrechtliche Bedenken gegenüber der Optionsregelung geäußert, u.a. mit Hinweis auf einen möglichen Verstoß gegen das Grundrecht auf Gleichbehandlung im Hinblick auf Kinder aus binationalen Familien. Mittlerweile können rund 50 von 100 aller Jugendlichen mit zwei Pässen diese legal auch im Erwachsenenalter behalten, was das Maß der Ungleichbehandlung deutlich macht. Außerdem befürchteten die Sachverständigen gravierende Anwendungsprobleme bei der Umsetzung und Bearbeitung der Optionsregelung, u.a. aufgrund des hohen Bürokratieaufwands und der Unterschiede in den Bundesländern, etwa bei der behördlichen Genehmigung vom Mehrstaatigkeit. Die Abschaffung der Optionsregelung vermindert Bürokratie und senkt damit die Kosten für die öffentlichen Haushalte.

Daher muss das Optionsmodell zugunsten eines konsequenten Bekenntnisses zur doppelten oder mehrfachen Staatsbürgerschaft hier geborener ausländischer Kinder abgeschafft werden. Auch bei der Einbürgerung wird das Prinzip der Vermeidung mehrfacher Staatsangehörigkeit aufgegeben. Es wird ersetzt durch die Hinnahme doppelter oder mehrfacher Staatsbürgerschaft. Einbürgerungswillige können nunmehr ihre alte Staatsbürgerschaft beibehalten. An die Stelle von vielen Ausnahmeregelungen tritt eine klare, transparente Regel.

Daneben erfolgen Absenkungen der Voraufenthaltszeiten sowie Verbesserungen für Personen, die besondere Integrationsleistungen erbracht haben, für Lebenspartner Eingebürgerter und für die Anrechnung von Duldungszeiten.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**12175**
01.03.2012

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Franz Schindler, Dr. Thomas Beyer u.a. SPD
Drs. 16/**10673**

Staatsangehörigkeitsrecht modernisieren - Mehrfache bzw. doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Florian Ritter**
Mitberichterstatter: **Dr. Franz Rieger**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 70. Sitzung am 1. März 2012 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FDP: Ablehnung
   Ablehnung empfohlen.

Franz Schindler
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**12409**
26.04.2012

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Isabell Zacharias, Franz Schindler, Dr. Thomas Beyer, Dr. Linus Förster, Maria Noichl, Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Helga Schmitt-Bussinger, Hans Joachim Werner, Johanna Werner-Muggendorfer, Martin Güll, Angelika Weikert, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Harald Güller, Franz Maget SPD**

Drs. 16/**10673**, 16/**12175**

Staatsangehörigkeitsrecht modernisieren – Mehrfache bzw. doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)

Vorweg lasse ich auf Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER über die Listennummer 16 - das ist der Antrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Felbinger und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend Umbenennung der Amtsbezeichnung "Förderlehrer" in "Fachlehrer für individuelle Förderung" auf Drucksache 16/11166 - einzeln abstimmen. Nachdem unmittelbar vor der Abstimmung von der Fraktion der FREIEN WÄHLER dazu namentliche Abstimmung beantragt worden ist, stelle ich die Abstimmung zurück. Denn es gilt die Regel, dass die Abstimmung dann erst 15 Minuten nach Antragstellung durchgeführt werden darf. Deswegen fahren wir jetzt mit den übrigen Tagesordnungspunkten fort.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über die Liste im Übrigen. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu der Verfassungsstreitigkeit und den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1 - Unruhe)

- Wenn sich die Freunde auf der linken Seite beruhigt haben, kann ich fortfahren.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Also bitte! Was war denn hier jetzt?)

- Frau Gote, regen Sie sich nicht auf!

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wir sind doch alle da! Jetzt reicht es aber!)

Ich habe dafür zu sorgen - - Schreien Sie hier bitte nicht herum! Ich möchte die Abstimmung in Ruhe durchführen und bitte deswegen um die nötige Disziplin.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Dann schaffen Sie die doch da - Lebhafter Widerspruch bei der CSU und der FDP.)

- Ich kann so lange warten, bis sich das Auditorium beruhigt hat. - Jetzt ist es ruhig geworden.

Wer mit der Übernahme des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der CSU, der FDP, der FREIEN WÄHLER, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine. Damit übernimmt der Landtag die Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Verfassungsstreitigkeit und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 7)

Es bedeuten:

(E)	**einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses**
(G)	**Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen**
(ENTH)	**Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss**
(A)	**Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss**
(Z)	**Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss**

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 16. März 2012 (Vf. 3-VII-12) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 74 Abs. 1 Satz 1 der Verordnung zur Ausführung der Sozialgesetze (AVSG) vom 2. Dezember 2008 (GVBl S. 912, ber. S. 982; BayRS 86-8-A), zuletzt geändert durch Verordnung vom 7. Dezember 2011 (GVBl S. 627)
PII/G-1310/12-2
Drs. 16/12264 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.

II. Der Antrag ist unbegründet.

III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schienennahverkehrsplan
Drs. 16/10458, 16/12173 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	ENTH

3. Antrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Brigitte Meyer, Dr. Annette Bulfon u.a. und Fraktion (FDP)
Ermittlung des Alters bei jungen Flüchtlingen
Drs. 16/10564, 16/12174 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Franz Schindler, Dr. Thomas Beyer u.a. SPD
Staatsangehörigkeitsrecht modernisieren - Mehrfache bzw. doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen
Drs. 16/10673, 16/12175 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
A	Z	A	Z	A

5. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht - Strafrechtliche Sanktionen für Insider-Geschäfte und Marktmanipulation
Drs. 16/10675, 16/12177 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Zusammenlegung der öffentlich-rechtlichen Fachgerichtsbarkeiten
Drs. 16/10677, 16/12178 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Überhöhte Infrastrukturnutzungsentgelte für Schienenpersonennahverkehr kürzen
Drs. 16/10813, 16/12085 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
A	A	A	Z	A

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Alexander König,
Petra Guttenberger und Fraktion (CSU),
Dr. Andreas Fischer, Dr. Otto Bertermann, Tobias Thalhammer und Fraktion (FDP)
Keine Aufweichung des nationalen Datenschutzniveaus durch die EU!
Drs. 16/11010, 16/12179 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	A	Z

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Renate Dodell, Erwin Huber u.a.
und Fraktion (CSU),
Tobias Thalhammer und Fraktion (FDP)
Arbeitsplätze bei US-Truppenabzug erhalten
Drs. 16/11014, 16/12176 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	A	Z

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Reform des europäischen Datenschutzrechts - Keine Zentralisierung!
Drs. 16/11015, 16/12180 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Tanja Schweiger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
US-Truppenreduzierung - Arbeitsplätze in Grafenwöhr und Hohenfels sichern
Drs. 16/11022, 16/12181 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
A	Z	Z	A	A

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Reinhold Strobl, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Erhalt von Arbeitsplätzen bei der US-Armee
Drs. 16/11023, 16/12184 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Franz Schindler u.a. und Fraktion (SPD)
Reform des europäischen Datenschutzrechts
Drs. 16/11024, 16/12182 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z

14. Antrag der Abgeordneten Prof. Ursula Männle, Konrad Kobler, Reinhold Bocklet u.a. CSU, Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Fakultatives Referendum bei grundlegenden Vertragsänderungen der EU ermöglichen
Drs. 16/11027, 16/12171 (G) [X]

Antrag der CSU- und FDP-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 GeschO:
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	ENTH	Z	A	Z

15. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Hans-Ulrich Pfaffmann, Sabine Dittmar u.a. SPD
Qualifizierte Erhebung des Fachkräftebedarfs in der Krankenpflege
Drs. 16/11059, 16/12167 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
A	Z	Z	Z	A

16. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Umbenennung der Amtsbezeichnung „Förderlehrer“ in „Fachlehrer für individuelle Förderung“
Drs. 16/11166, 16/12150 (A)

über den Antrag wird gesondert abgestimmt

17. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD
Suchtberater bei der Polizei
Drs. 16/11428, 16/12151 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	**ohne**

bzw. gleichlautendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

18. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Markus Rinderspacher SPD
Berichtsantrag zum Zentrum für Gesundheitsförderung und Prävention
Drs. 16/11429, 16/12169 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

19. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Franz Schindler u.a. und Fraktion (SPD)
Seehofer ernst nehmen: Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene ermöglichen
Drs. 16/11522, 16/12172 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
A	Z	Z	Z	A

20. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Georg Winter, Dr. Florian Herrmann u.a. CSU, Dr. Andreas Fischer, Dr. Otto Bertermann, Brigitte Meyer und Fraktion (FDP)
Keine Zusammenlegung der Fachgerichtsbarkeiten
Drs. 16/11536, 16/12183 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
EU-Datenschutzreform: Hohen Datenschutzstandard sicherstellen!
Drs. 16/11640, 16/12185 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
A	ENTH	A	Z	A